

Der Gemeindearbeiter

Erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 Mk.

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernnr. A 8538
Postfachkonto Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 6

Köln, den 20. März 1920

8. Jahrgang

Die deutsche Regierung gestürzt?

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist an den mitunterzeichneten Generallandwirtschaftsdirektor Kapp, Königsberg i. Pr., als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr v. Ertelow, berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Ertelow,
General der Infanterie.
Kapp,
Landwirtschaftsdirektor.

Berlin, 13. März.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf diese Diaböpost am 13. März aus Berlin ein. Wohl gab es und brodelt es seit längerer Zeit schon über das es möglich gewesen wäre, in der Nacht die Reichs- und Preussische Regierung aus Berlin zu vertreiben, aber festzuhalten, hätte kein Mensch erwartet.

Wir treiben keinen Personenkultus, sind auch nicht Parteigänger genug, um die Partei über die Sache, über das Wohl und Wehe eines Sechsmillionenvolks zu stellen. Es scheint aber, als wenn dem deutschen Volke Licht erspart werden sollte, den Leidensfeld zum letzten Treiben zu leeren. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, ist im jetzigen Augenblicke noch gar nicht zu übersehen. Auch die Stellung der christlichen Gewerkschaft kann heute noch nicht endgültig festgelegt werden.

Nur das eine steht fest, sie werden unter allen Umständen die wahre Demokratie bis zum letzten verteidigen. Ihr Kampf wird vor allem nach für den sozialen Fortschritt bis zum äußersten geführt werden. Kältschlos wird jede Regierung bekämpfen, die auch nur versuchen wird, die Staatsgewalt vor den Händen der politischen und sozialen Reaktion zu trennen. Ihr Feind wird jede Regierung sein, die versuchen sollte, die politische und soziale Gleichberechtigung aller Stände anzunehmen, dem einen Stande zu Gunsten des anderen zu bevorzugen, oder zu benachteiligen.

Im übrigen konnten wir in dieser Stunde der zweiten deutschen Revolution nur wiederholen, was wir im November 1918 gesagt haben.

Die Ereignisse überstürzen sich. Jede Stunde bringt neue Situationen. Nunmehr

steht es den Kopf hochhalten. Bei der Gestaltung des neuen Staates müssen wir als christliche Arbeiterbewegung dabei sein. Nicht wollen wir niederreißen, sondern aufbauen helfen. Eine wahre Demokratie, die Stimme des Volkes soll maßgebend sein.

Haltet unsere christlichen Grundsätze, unsere christliche Auffassung vom Staats- und Wirtschaftsleben hoch. Sie werden sich auch in dieser schweren Stunde bewähren.

Im übrigen wachet die gewerkschaftliche Disziplin und Ordnung.

Die finanziellen Sorgen der deutschen Städte.

Deutschland ist ein armes Land geworden. Diese Tatsache ist nicht abzuleugnen, mag sie noch so unangenehm von einem Jedem empfunden werden. Der üppige Luxus, das Schlemmerleben, die Vergnügungslust bestimmter Schichten haben im direkten Gegensatz zur harten Wirklichkeit. Die breite Masse des Volkes empfindet diese Armut heute in ihrer Ernährung, Kleidung und Wohnung, in der ganzen Lebenshaltung schon bitter genug. Auch die Pfennigen werden demnach, wenn sämtliche neue Steuererlasse in Kraft getreten sind, recht spürbar empfunden, daß die schönen vorchristlichen Zeiten vorbei sind.

Bessere Zeiten werden dann wieder eintreten, wenn sich das deutsche Volk wieder durch erhöhten Fleiß und Sparsamkeit zur Weltgeltung durchgerungen hat. Bis dahin ist aber noch ein weites, dornenvoller Weg.

Aber nicht nur der einzelne Bürger des Reiches, sondern auch die öffentlichen Faktoren, Reich, Staat, Provinz und Gemeinden werden in Zukunft recht sparsam zu wirtschaften gezwungen sein. Da die Steuerkraft des Volkes in Zukunft, im Gegensatz zu den bisherigen Verhältnissen, in erster Linie vom Reiche in Anspruch genommen werden wird, werden Staat (Provinz) und Gemeinden an Steuern sich mit dem begnügen müssen, was das Reich übrig läßt. Die Haupteinkunftsquelle für den Staat die Einkommensteuer und für die Gemeinden der prozentuale Zuschlag hierzu, fällt in Zukunft für diese beiden fort. An deren Stelle wird eine Reichseinkommensteuer treten, aus deren Ergebnis Staat und Gemeinden einen Teil zugewiesen erhalten. Wie hoch dieser Teil sein wird, steht noch nicht fest. Die Tatsache aber, daß in Zukunft Staat und Gemeinde Einkünfte des Reiches sein werden, läßt mich es immerhin erwarten, daß der Anteil an der Reichseinkommensteuer wesentlich hinter den bisherigen Einnahmen aus der Einkommensteuer zurückbleiben wird.

Damit fällt auch für die Gemeinden in Zukunft die Möglichkeit fort, den durch erhöhte Ausgaben ins Schwanken gekommene Haushaltsplan, durch erhöhte Zuschläge zur Einkommensteuer wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Bei den verbleibenden Gemeindesteuern (Grundsteuer, Vergnügungssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer usw.) besteht die Gefahr, daß sie bei Ueberschreitung eines gewissen Punktes, anstatt ein Mehr ein Weniger in der Gesamtsumme ergeben. Das nämlich gilt von den Gebühren und Preisen für städtische Einrichtungen und Leistungen. Die Straßenbahnfahrte, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise sind an gewisse Grenzen gebunden. Werden diese überschritten, sinkt der Konsum. Die für einen vielleicht doppelt so großen Konsum gelassenen Anlagen und Einrichtungen sind dann gewissermaßen entwertet, müssen weiter verzinst und geillt werden, ohne voll ausgenutzt werden zu können.

Es ist daher verständlich, wenn heute manche weitsichtige Verwaltungen, angesichts der gegebenen Tatsachen, nicht allzu rasch in die Zukunft blicken und sich die größten Sorgen um die Bilanzierung ihres Etats machen. Selbstverständlich wird man nicht nur neue Einnahmequellen erschließen und die bisherigen ergiebiger zu gestalten suchen müssen, sondern es muß auch versucht werden, an den Ausgaben noch Möglichkeit zu sparen. An den Gehältern und Löhnen eine unangebrachte Sparmaßnahme zu üben, würde sich letzten Endes an der Stadt selbst wieder bitter rächen. Umso mehr wird aber an dem, was nicht unbedingt notwendig ist, gewissermaßen einen gewissen Luxus, wenn auch einen nützlichen und begrüßenswerten darstellt, versucht werden müssen zu sparen. Die Zeiten, wo Großstädte, wie Hamburg und Hannover, sich Rathhäuser bauten, die Prachtbauten sind, und 20 bis 30 Millionen Mark kosteten, sind vorüber. Kunst, Theater, Musik usw., deren Förderung gewiß begrüßenswert, aber zum nackten Leben nicht unbedingt notwendig ist, werden jedenfalls in Zukunft mit bescheideneren Mitteln auskommen müssen.

Vielleicht werden auch unsere wohlgepflegten öffentlichen Gärten und Anlagen, unsere modernen teuren Großstadtstraßen ihren Tribut der neuen Zeit zahlen. Wünschenswerte Erweiterung der Badegelegentheit, der Krankenanstalten usw., ihre mehr oder weniger konformale Ausgestaltung, wird jedenfalls eine Einschränkung erfahren. Glücklich werden wir uns schämen können, wenn in Zukunft an dem wirklich Notwendigen keine unangebrachte Sparmaßnahme zu üben versucht wird.

Vorstehend angeführte Tatsachen eröffnen für die städtischen Arbeiter und Angestellten

keine gütlichen Ausflüchten. Ihr Wirkungs- und Verätigungsfeld wird eine gewisse Einschränkung erfahren. Nachdem die Wehrkräfte, die durch die Einführung des Achtstundentages bedingt waren, längst eingestellt sind, wird jede Einschränkung der kommunalen Betriebe dazu führen, Neueinstellungen zu unterlassen, die Beförderung in bessere, gehobene Stellungen zu verlangsamen, wenn nicht gar über den normalen Zugang durch Tod, oder freiwilliges Ausscheiden hinaus, Entlassungen in größerer Anzahl erfolgen müssen.

Hier ermahnen den Arbeiterräten, zeh. den neuen Betriebsräten, neue schwierige Aufgaben. Wenn auch im allgemeinen dem Betriebsrat kein Vetorecht bei Einstellungen und Entlassungen gegeben ist, im vorliegenden Falle schreibt das Gesetz im § 74 dem Arbeitgeber ausdrücklich vor, sich möglichst längere Zeit vorher mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen, um Partien zu vermeiden. Von dem Gesicht und der Weisheit der Kollegen im Betriebsrat wird es zum großen Teile abhängen, ob der gemollte Friede, Vermählung von Parteien, erreicht wird. Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, für Entlassungen feste Grundsätze und Richtlinien aufzustellen, die in allen Fällen das Richtige treffen. In leicht können allgemeine, an sich richtige Richtlinien durch besondere örtliche Umstände ins Gegenteil verkehrt werden. Mit größter Gewissenhaftigkeit haben daher die in Vertrauensstellungen sich befindlichen Kollegen jede einzelne Frage zu prüfen und sich auch gegebenenfalls bei der Verbandsleitung und den Bezirksleitern Rat einzuholen.

Gegen Wucher und Schieber, gegen Praffer und Schlemmer.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wo die Not, der Hunger jaglicher Galt ist, dort jagliche gedehnte Täuschung auf. Hier muß auch endlich der Mensch mit der eisernen Willenskraft erfahren. In diesen Zustand ist die wäner Arbeiterschaft bereits gelangt. In den Arbeiter- und Angehörtenfamilien herrscht, trotz Fleiß und treuer Pflichterfüllung, trotz dem die eine Vordubewegung ständig die andere ablöst, bittere Not. Hier blind Kartoffeln und 3½ Pfund Brot, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Zu wenig für den Richter, für den Arbeitenden und Werte Schaffenden total unzulänglich. Dabei die Lebensmittelgeschäfte überfüllt mit Waren Schinken, S wed, Schmalz, Fett, Röhre, Fleisch, Kofen, Kuchen, Delikatessen allerfeinsten Art inülle und Fülle zu haben, aber nur für den, der ungeahntes Geld im Beutel hat. In den Hotels, Tieren usw. ein Schlemmer- und Prafferleben, von dem sich ein anständiger Mensch mit E-1 abwenden muß.

Sie gegenwärtige Stellung zu nehmen, war der Zweck einer im öffentlichen Rundfunk am 12. März. Zehntausende von Arbeitern und Angehörten gingen in Ruhe und Ordnung auf die Straße. Jede Gewerkschaftsleitung hat sich bereits einen geschlossenen Zug, die sich in ihrer Ordnung durch Alt- und Jung zu wagen. Es sollte vor der Öffentlichkeit und besonders den in Frage kommenden Behörden und städtischen Behörden, die durch die wachsende Knappheit an den notwendigen Rohmaterialien und die neue gewaltige Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse

herbeigeführte allgemeine Notlage vor Augen geführt werden. Insbesondere handelte es sich um Einspruch gegen das Treiben des Wuchers und Schiebertums, gegen das herausfordernde Schlemmerleben einzelner Kreise, gegen die Ausbeutung der breiten Volksschichten durch unbegründete Preistreiberei, gegen das „Loch im Westen“, bessere Lebensmittelversorgung aller arbeitenden Schichten des Volkes, das ist es, was man fordert.

Nachdem auf dem Wege zu Verleumdung Ansprachen gehalten waren, laßten die christlichen Gewerkschaften folgende Entschickung:

„Die Not des Volkes steigt von Tag zu Tag. Das zum Leben Notwendige ist selbst zu den höchsten Preisen nicht mehr für die arbeitenden Schichten zu haben. Die ganze Lohnpolitik der Gewerkschaften wird illusorisch gemacht! Jede Lohnhöhung kommt der Arbeiterschaft nicht mehr selbst zugute, da die Mehrausgaben die Mehreinnahmen immer mehr übersteigen. Damit ist auch die ganze Lebenshaltung immer mehr auf ein tieferes Niveau gebracht. Sogar kommt noch, daß die rationierten Lebensmittel immer mehr gekürzt werden müssen, und die noch erhaltenden Waren von Tag zu Tag im Preise steigen. In einer Zeit, wo die Protraktion von 3½ Pf. gekürzt werden mußte, sind in Hunderten von Stellen Lederhosen zu hunderten hohen Preisen zu kaufen. Durch diese Ursache wird die Not der Arbeiterschaft immer drückender. Sicht so die Arbeiterschaft den Ruin vor sich, sind gewisse Kreise noch an der Arbeit, die Not des Volkes immer mehr auszuweiten.“

Wucher und Schiebertum leisten Tribut. Der Arbeitende wird teils durch die schlechte Grundbesitzweise und teils durch die Ausbeutung unterbunden. Mit allen verantwortlichen Volksschichten sind die Reichsminister darüber einig, daß nur durch vermehrte Produktion eine Besserung der Verhältnisse eintreten kann. Sie fordern deshalb von den verantwortlichen und maßgebenden Regierungsstellen eine konsequente Bekämpfung des Schieber- und Wucherums und Einführung von Preislimiten.

Das Schlemmerleben der außerehelichen Volkselemente in den Cafés und sonstigen Vergnügungsorten muß unterbunden werden. Die verantwortlichen Preistreibereien der handelsstreichenden Kreise sind zu unterbinden, und die Preisvorstellungshilfe hat hier besonders schärf einzusetzen. Alle diese Maßnahmen werden aber nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, wenn nicht die jetzt die Gewalt in den Händen habenden Stellen im besetzten Gebiet eine Veränderung herbeiführen. Wir verlangen die Übernahme der Preisregelung durch die deutsche Regierung und Wiedereinführung einer strikten Preis- und Rationierung. Die deutschen Regierungsstellen werden wir in diesem Vorgehen unterstützen. Wir verlangen ferner die Verhinderung der Einfuhr von Luxusartikeln und nicht lebensnotwendigen Artikeln. Nur Rohstoffe sollen ins besetzte Gebiet eingeführt werden. Die im Reichsgewerkschaftsverband vereinigten Arbeiter- und Angehörten haben lange gedauert, durch Demonstrationen gegen die Mißstände zu demonstrieren. Die auf höchste achtungvolle Postage macht es unbedingt erforderlich, daß alle maßgebenden Stellen in jeder Stunde auf eine Veränderung und Besserung schnellstens hinwirken.“

In der Entschickung der freien Gewerkschaften heißt es unter anderem:

„Die heutige Massenbewegung der Arbeiter und Angehörten erhebt entscheidenden Einspruch gegen die ungeheure Preissteigerung und die in Aussicht genommene ernüchterte Verringerung der ohnedies viel zu knappen Lebensmittelration. Die Reichsminister fordern die Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß mehr Lebensmittel herbeigeschafft werden, um die gänzliche Entziehung des arbeitenden Volkes zu verhindern. Der Kampf gegen Wucher und Schiebertum muß mit größter Energie geführt und dem Schlemmer- und Prafferleben dunkler Elemente ein Ende bereitet werden. Die Reichsminister fordern die sofortige Zustimmung des Verbandes zu den deutschen Ein- und Ausfuhrverboten, damit das Loch im Westen gestopft werden kann. Durchdringung von der Erkenntnis, daß der Friede von Versailles dem deutschen Volk unerschütterliche Kassen auferlegt und dadurch die Verelendung des wertvollen Volkes immer weiter um sich greift, verlangen wir die schleunigste Revision des Friedensvertrages.“

Beibehaltung der Zwangsmaßnahme und Bekämpfung der Prelle!

Am Sonntag zum zweiten Male, wo man erst im Juli die Preise für die Produkte des neuen Jahresjahres bekannt gab, wurden in diesem Jahre erst schon die neuen Preise in der Tat bekannt gegeben. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß die Regierung entschieden die Zwangsmaßnahme für Getreide und Roggen für das neue Ernterjahr beizubehalten. So muß die Nationalversammlung nach ihrer Zustimmung erteilen, daß wird kaum geschicklich werden. Die Reichsminister sind sich einig, daß die Zwangsmaßnahme für Getreide und Roggen im Jahre der Beibehaltung der Zwangsmaßnahme wurden etwa 1700 Tausend für die Tonne Weizen und Roggen als „arbeitslose“ Preis gelockt (Eine Tonne gleich 20 Hektar) Tieren Wucher- und Schiebertum mit die nachstehenden Preise nicht nachkommen. Es würde nicht nur die Preise der Zwangsmaßnahme für Getreide und Weizen herabzusetzen, sondern auch den Preis der bekanntlich steigenden Weizen, welches die Zwangsmaßnahme einzusetzen. In der Angelegenheit des Getreides sollte man sich nicht schranken lassen. Der Preis sollte die 400 Pfund pro Tonne in die Höhe, die nur war, daß der Getreide verkauft und das Getreide veräußert werde. Die Gründe, die die Beibehaltung der Zwangsmaßnahme für Getreide und Weizen nicht haben vorzuziehen. So wie die Zwangsmaßnahme in dem besetzten Gebiet weiter besteht, mag im Interesse der Konsumenten an der Beibehaltung der Zwangsmaßnahme wenigstens für die lebensnotwendigen Waren festgehalten werden. Die Zwangsmaßnahme mag davon genöthigt, das Getreideinteresse über die Zwangsmaßnahme zu stellen.

Bezüglich des Weizen ist man auch an den Anforderungen der Konsumisten voll und ganz kommen man hat die jedoch sehr weitgehend entgegenkommen gegen. Das Gegenüber wird zwar man ob e Aufwertung auf den Lohnverhältnissen ist von.

Als Preise werden beantragt:

für die Tonne Weizen, Speis (Dinkl), Roggen	110
Emac. Einheiten	100
für die Tonne Roggen	100
für die Tonne Weizen oder Getreide	100
für die Tonne Kartoffeln	500

Das bedeutet eine Preissteigerung für Ge-
 webe um mehr als das Doppelte gegenüber dem
 bisherigen Preis und für Karolinen um mehr
 als das Fache. Dabei sind die oben angegebene
 Preise als Mindestpreise bezeichnet. Es
 werden hier nur die Werte angegeben, die
 für die nächsten sechs Monate gelten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß diese
 in einer weiteren Steigerung der Produktions-
 kosten und je nach dem Ausstoß der Spitze noch
 höher sind als die jetzigen Mindestpreise.
 Landwirtschaft kann mit diesen Preisen zu-
 kommen sein. Es muß zwar zugegeben werden,
 die Produktionskosten in der Landwirtschaft
 wesentlich gestiegen sind, es ist nur erregt
 die Verteuerung der Maschinen, der Güter,
 Düngemittel, des sonstigen Gerätes und
 sonstigen Dinge die Erhöhung der Löhne und
 ist. Es darf aber auch nicht vergessen werden,
 die Landwirtschaft in den ersten Weltkriege
 als die Produktionskosten noch nicht so sehr
 gestiegen waren, ganz auf verdienten. Mit den
 hohen Preisen kommt sie trotz der gesteigerten
 Produktionskosten aus und wird noch einen Ge-
 winn erzielen. Der Grund, der oft angeführt
 ist für den Schicksal der Arbeiter, man muß die
 Industrie im Schicksal der Arbeiter ablesen, um
 die Höhe der Löhne zu bestimmen. Es geht nicht
 an, sich zu verwundern, daß die Landwirtschaft
 in Krisenphasen erlöslos nachkommt. Soll-
 te die Industrie nicht dazu dienen, die
 Landwirtschaft zu ernähren, so müßte man
 die Landwirtschaft nicht mehr ernähren. Dann
 würde man nur die Industrie mehr anhängen
 praktisch viel dabei zu erreichen. Die Löhne
 der Landwirtschaft angemessene Preise aber
 nicht es den Arbeitern auch verdienen. Man
 kann, wenn sie nach einem Ausbruch haben, bei
 bestimmten Löhnen kann die Landwirtschaft nicht
 bestehen. Man muß die hohen Löhne der Arbeiter
 nicht erhöhen, wenn die Landwirtschaft nicht
 bestehen kann. Die Arbeiter sind auch
 dem Frieden bedürftig, um das 4. bis 6. Jahre
 zu überleben. Die Höhe der Löhne ist gegenüber
 der Arbeiter um mehr als das Fache, der Preis
 der Waren um das 12. bis 14. Fache, der Preis
 der Güter, des Düngemittels, des sonstigen
 Gerätes und dergl. um etwa das 10. bis 12. Fache.
 Man kann sich nicht vorstellen, daß die Industrie
 die Arbeiter ernähren soll. Die Arbeiter sind
 die Hauptkräfte der Produktion. Man muß
 die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung
 nicht nur verbessern, sondern auch die Löhne
 erhöhen, an die Arbeiter sind diese Löhne
 zu denken, sowohl für die Arbeiter als auch
 für die Bevölkerung. Die Arbeiter sind
 die Hauptkräfte der Produktion. Man muß
 die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung
 nicht nur verbessern, sondern auch die Löhne
 erhöhen, an die Arbeiter sind diese Löhne
 zu denken, sowohl für die Arbeiter als auch
 für die Bevölkerung. Die Arbeiter sind
 die Hauptkräfte der Produktion. Man muß
 die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung
 nicht nur verbessern, sondern auch die Löhne
 erhöhen, an die Arbeiter sind diese Löhne
 zu denken, sowohl für die Arbeiter als auch
 für die Bevölkerung.

Sünde auf Kosten der Fesseler und Verbraucher.
 Auf diesen Punkt wird noch zu sprechen zu kom-
 men sein. Heute sei es nur angedeutet, weil mit
 der Auflistung sind, daß es so wie bisher nicht
 weitergehen kann.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Lohnbewegung und Streit in Düsseldorf.
 In Düsseldorf, wo vor dem Kriege die Ge-
 werkschaften unter den städtischen Arbeitern
 und Straßenbahnern starken Einfluß hatten,
 hat sich mit der Revolution das Bild geändert.
 So wie im politischen Leben die Radikalen
 (sinngebend) wurden, geschah es auch in den
 wirtschaftlichen Vereinigungen. Die „Arbeiter-
 „Arbeiter-Union“ hat gewerkschaftliche Ge-
 bilde der unabhängigen und kommunistischen
 Sozialisten steht im Gegensatz zu den „freien“
 Gewerkschaften und gewann gerade in Düssel-
 dorf unter den städtischen Arbeitern größeren
 Anhang. Die Fache mußte in der Hauptsache
 die freien Gewerkschaften beschließen. Die „Ar-
 beiter-Union“ führte ihren Anhang durch mächtige
 stütztes Trauungsterrum und niedrige Beiträge zu
 gewinnen und zu halten. Als grundsätzliche
 Gegner von Tarifverträgen strebten sie sich
 gegen den Anstoß der Stadt an die eheinisch-
 westfälische Tarifgemeinschaft. An der ein-
 seitigen Gestaltung der Löhne und Arbeits-
 verhältnisse innerhalb des Industriegebietes
 lag ihnen nichts, wenn sie nur für sich Ein-
 dauerante erhalten konnten.
 Es hat für die Arbeiterbewegung auf die
 Dauer ein unübersichtlicher Zustand ist scheint
 vielen Errationen abzuwenden zu sein. Es wird
 ohne der Zeitpunkt kommen, wo sie sich und
 ihren Willkürern darüber Rechenschaft geben
 müssen. Der Zeitpunkt dürfte kaum
 nicht fern sein. Der letzte Streit dürfte
 den Zeitpunkt des letzten Ausbruches bilden.
 Ende Dezember vor Jahres war ein neuer
 Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Dezember ab-
 geschlossen worden. Die Löhne betragen in
 Gruppe 1 2 25. A Gruppe 2 2 25. A Gruppe
 3 2 25. A pro Stunde. Dagegen eine Mindest-
 zulage von 1 A pro Tag und Nacht. Die
 Stundenlohn wurde auf 4 Wochen bemessen,
 jedoch sollte der nächste Abnahmetermin der
 31. März 1920 sein. Schon Mitte Januar
 wurden neue Forderungen gestellt und zwar
 auf 30 Prozent Erhöhung der Löhne. Das
 Problem war eine Erhöhung um etwa 25
 Prozent, d. h. 5 20 A pro Tag. Die Stunden-
 lohne wurden erhöht auf 3 10 A, 3 20 A
 und 3 30 A pro Stunde. Die Mindestzulage blieb
 bestehen.
 Ende Januar wurden erneut Forderungen
 gestellt und zwar auf 5. A, 4 90 A und 4 80
 A Stundenlohn. Die Stadtverwaltung hat
 erklärt, daß sie zur Einführung des Städte-
 tarifs bereit sei. Die „Arbeiter-Union“ hat
 aber darauf nicht eingewilligt. Im 8. März er-
 klärte sich die Verwaltung bereit, die Löhne auf 4 20
 A 4 90 A und 3 80 A zu erhöhen unter
 Beibehaltung der Mindestzulage und zwar ab
 1. März. Die Arbeiter aber verlangten
 diese Erhöhung ab 1. Februar und für März
 sofortige Verhandlung über eine neue Ver-
 einbarung. Die von der Verwaltung angebotene
 Löhne sind gleich denen in der Düsseldorfer
 Industrie und etwa 30 Pro. pro Stunde höher
 wie im Industrie. Da sie infolgedessen die
 weitergehenden Forderungen ablehnen, waren
 am Freitag den 12. März die städtischen
 städtischen Arbeiter und Straßenbahner in be-

Streit, um die Durchsetzung dieser Forderun-
 gen zu erzwingen. Die Straßenbahner ver-
 langten außerdem den gleichen Lohn wie die
 Gruppe 2 pro Kolonnenag, also 2 25. A, wäh-
 rend die Stadt 2 25. A bewilligt hat. Die ge-
 werkschaftlichen Organisationsleitungen sind
 bemüht, den Streit zu einem für die Arbeiter-
 schaft günstigen Abschluß zu bringen.

Die neuen Löhne der Kaiser-Werke und Straßenbahner.

Nachdem schon im Dezember d. J. eine Er-
 höhung der Löhne ab 1. Januar gefordert war,
 wurde von Seiten der Stadtverwaltung anläß-
 lich einer Verhandlung welche von der Organi-
 sation zum Zweck der Beschäftigung aber ein-
 auf den neuen Lohn geforderte Vorläufsumme
 angenommen war, erklärt, daß eine Regelung der
 Lohnfrage nur im Einvernehmen mit den links-
 rheinisch besetzten Städten, in besondere aber im
 Hinblick auf die Nachbarstadt Köln, ein-
 treten könne. So der Tarif in Köln zu Anfang Febr.
 abh. Ich hatte mit den Ausführungen der Ver-
 waltung einverstanden und warren. Nachdem die
 neuen, wesentlich erhöhten Löhne in Köln genehmigt
 waren, stellte sich die Stadtverwaltung auf
 den Standpunkt, die Kölner Löhne hat und zu
 hoch, diese können und werden nicht ab-
 willigen. Daß die Erhaltung der Lohnfrage
 der Führung der Kölner Lage vorzuziehen ist, nicht
 verhandelt. Außerdem war seitens der Organi-
 sation gefordert worden, unter der Voraussetzung,
 daß die Kölner Löhne nicht angenommen wären,
 ab 1. Januar bis 1. März Löhne von A 31.,
 30., 28., 27., 26., 25., 24., 23., 22., 21., 20., 19.,
 18., 17., 16., 15., 14., 13., 12., 11., 10., 9., 8.,
 7., 6., 5., 4., 3., 2., 1. A pro Tag zu zahlen.
 Beide Parteien scheiterten und hatte die Stadt-
 verwaltung am 20. Februar in dieser Sache das
 Urteil zu fällen. Dieses Urteil ist nun sehr zu
 anderen Gunsten und wäre aber noch unklar
 hier anzuführen, wenn nicht der Vertreter der
 städtischen organisierten Arbeiterbewegung, Herr
 Dr. v. d. Weid, zum Schluß einen Antrag eingebracht,
 welcher angenommen wurde. Nach diesem sind die
 bewilligten Löhne wie folgt anzusetzen:
 ab 1. Januar bis 1. Februar A 28., 27., 26., 25.,
 ab 1. Februar bis 1. März A 29., 28., 27., 26.,
 ab 1. März A 31., 30., 29., 28., 27., 26., 25.,
 Die übrigen Löhne betragen A 16., 17.,
 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29.,
 30., 31. A.
 Für die Straßenbahner kommt der Lohn der
 Gruppe 2 also: A 27., 28., und 30., in Be-
 tracht. Lehrer usw. erhalten wie bisher pro
 Monat A 15.- mehr. Weitere notwendige und
 von uns vorgeschlagene Verbesserungen, wie Er-
 höhung der Zulage für Fahrer auf A 30.,
 Einrichtung der Strecken und Schrankenwärter,
 sowie der Rückhalt für in den letzten Jahren, sowie
 die adäquate Berücksichtigung der 4. Lohngruppe,
 konnten nicht durchgedrückt werden. Es mögen
 weiteren Forderungen und Verhandlungen werden wir
 darauf zurückkommen.
 Gleichzeitig wurde ein Entgelt der Löhne
 nach Lebensalter eingeführt. Danach sollen die
 vorerwähnten Löhne um im Herbst über 34
 Jahre Arbeiter im Alter von 29-34 Jahre er-
 halten in jeder Lohngruppe pro Arbeiter A 2.-
 weniger, sollte im Alter von 30-34 Jahre er-
 halten pro Tag A 2.- weniger, wie in der Industrie.
 Die vorerwähnte Verbesserung der 4. Lohngruppe
 den Wünschen der Arbeiterbewegung. Was allen
 get kann man nicht verstehen, daß die Stadt-
 verwaltung sich so verhalten will, was man nicht
 die Zeit umzusetzen, was man verplant. Es

Stellung nach Lebensalter ist vollständig unannehmbar und wird von der Arbeiterschaft vielfach bekämpft. Der Schlichtungsausschuss ist angerufen und soll eine Entscheidung treffen. Sind wir so auf der einen Seite ein gut Stück vorangekommen und müssen andererseits zugeben, daß wir unsere berechtigten Forderungen nicht restlos durchzubringen vermochten, ergibt sich für uns die Frage: „Woran hat's gelegen?“ Die Antwort darauf soll und muß uns eine Lehre sein. Es hat gefehlt an der eintmütigen Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen, wodurch der Stadtwahlkampf geplatzt wurde, daß die Einigkeit unter der Arbeiterschaft nicht bestand. Dies muß in Zukunft anders werden, daran müssen die Straßenbahner mit aller Energie mitwirken. Einigkeit, ganz besonders während eines Lohnkampfes, ist unumgänglich notwendig und muß sich auch nach außen hin bemerkbar machen. Nur so können wir unseren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen. Im Besorg dieser Gedankengänge verzichteten wir heute auf die Wiedergabe und Darstellung der unersprechlichen Vorgänge innerhalb der städt. Arbeiter- und Straßenbahnerchaft während des Lohnkampfes. Nur das Eine möge gesagt sein: Während eines Lohnkampfes Selbsterleuchtung zu predigen, ist das beste Mittel, die Arbeiter zu schulen und bringt sich einem unwillkürlich und vielleicht mit Recht der Gebante auf, daß man von bekannter Seite die Partei über eine dermaßen uninteressanten Stellung stellt.

Wollwirtschafliches u. Soziales.

Die Kosten der Lebenshaltung werden seit einigen Monaten von Reichsbogen in allen Gemeinden über 10000 Einwohner festgestellt. Die erste Erhebung umfaßte die Zeit vom 21. Nov. bis 21. Dez., die zweite die Zeit vom 2. bis 21. Februar. Die Ergebnisse der ersten Erhebung ist seit langem zusammengestellt. Aber sie sind noch immer nicht veröffentlicht worden. Als die Nationalversammlung im Herbst die Mittel für diese Statistik bewilligt hatte, wurde in zahlreichen öffentlichen Kreisen verhandelt, welchen unangenehmen Folgen die Allgemeinheit aus dieser Statistik gehen würde. Wenn aber die Ergebnisse nicht rechtzeitig bekannt werden, hat die Allgemeinheit gar nichts davon. Dann ist es schade um die großen Mühen und Kosten; denn die Berechnung von ein paar Gemeinderäten ist damit doch zu teuer erkauf. Ueberhaupt ist es nachgerade Zeit, daß die amtliche Statistik sich wieder ihrer Pflicht bewußt wird, die Öffentlichkeit über die wichtigsten

wollwirtschaflichen Verhältnisse zu unterrichten. Im Kriege wurden alle Fäden geh-ungehalten, die geeignet gewesen wären, die Bevölkerung einzustimmen oder Maßnahmen der Regierung als verfehlt zu erweisen. Dagegen wurde die Geheimhaltung stets mit der Rücksicht auf das Ausland. Aber dieser Vorwand fällt doch heute fort. Warum veröffentlicht man nicht wieder wie vor dem Kriege allmonatlich die Mengen und Werte der Einfuhr und der Ausfuhr? Warum werden die Steuererhebungen nicht wie in anderen Ländern allmonatlich bekanntgegeben? Warum endlich werden die Kosten der Lebenshaltung verschwiegen?

Das Betriebsrätegesetz im besetzten Gebiete.
Die unterkürzte Rheinlandkommission in Koblenz hat gegen die in Vollzugsetzung des Betriebsrätegesetzes im besetzten Gebiete keinen Einspruch erhoben. Wühin werden auch im Rheinland demnach die Wahlen zu den Betriebsräten stattfinden.

Wahlordnung für Betriebsräte.
Das Betriebsrätegesetz, das am 4. Februar von der Nationalversammlung angenommen worden ist, und das auch der Reichsrat genehmigt hat, wird im „Reichsanzeiger“ Nr. 25 vom 11. Februar amtlich veröffentlicht und tritt damit unmittelbar in Kraft. Gleichzeitig werden die einzelnen Paragraphen über die Betriebsräte außer Kraft gesetzt.

Ingleich veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine Wahlordnung zum Betriebsräte-Gesetz. Die der Reichsarbeitsminister auf Grund des § 23 des Gesetzes unter Zustimmung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der Nationalversammlung erlassen hat. Diese Wahlordnung legt die Form der Wahl für die Betriebsräte im einzelnen fest. Da sie in der amtlichen Veröffentlichung 6 1/2 Druckspalten umfaßt, kann sie hier nur im Auszug wiedergegeben werden.

Der Betriebsrat wird danach in der Weise gewählt, daß die Arbeiter und die Angestellten ihre Vertreter im Betriebsrat besonders wählen. Die Arbeiter- und Angestelltenräte werden in der Weise gebildet, daß zu den Arbeiter- und Angestelltenmitgliedern der Betriebsräte Ergänzungsmitglieder hinzutreten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenräte wird nach den gleichen Grundzahlen bestimmt, nach denen sich die Zahl der Mitglieder des Betriebsrates bemittelt. Die Stellung der Wahl liegt in der Hand des Wahlvorstandes. Dieser hat für jede Wahl eine Liste der Wahlberechtigten, getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und An-

gestellten, aufzustellen. Spätestens 20 Tage vor dem letzten Tag der Stimmabgabe muß der Wahlvorstand ein Wahlauschreiben erlassen, in dem angegeben ist, wo die Wählerliste zur Einsicht ausliegt, welche Rechte den Wählern in Bezug auf Einsprüche gegen die Liste zustehen sowie sonstige Bestimmungen über die Listenaufstellung usw. Gegen Einsprüche gegen die Wählerliste erhoben, so hat der Wahlvorstand deren Erledigung sichtlich zu beschleunigen.

Die Wahl selbst erfolgt am Grund des Prinzips der Listenwahl. Vorschlagslisten müssen von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein. Jeder Wähler darf nur eine Vorschlagsliste unterschreiben; seiner Unterschrift unter eine zweite Vorschlagsliste ist unzulässig. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist unzulässig. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt so viele wählbare Bewerber nennen, wie von der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppe Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Hierbei sollen die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in die Liste ist beizufügen. Spätestens drei Tage vor dem Beginn der Wahl sind die Vorschlagslisten zur Einsicht auszuliegen. Ist eine gültige Vorschlagsliste überhaupt nicht eingereicht, so kann eine Nachwahl zur Einreichung angeordnet werden. Erfolgt auch dann eine gültige Einreichung nicht, so hat der Wahlvorstand bekanntzugeben, daß eine Stimmabgabe nicht stattfindet. Der Wähler darf seine Stimme nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten abgeben. Andere Stimmzettel sind ungültig, ebenso solche, die unterschrieben sind. Die Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag anzugeben, der der Arbeitnehmer zu beschaffen hat mit dem Aufdruck: „Wahl zum Betriebsrat im (Bezeichnung des Betriebes)“. Bestehen sich in einem Wahlumschlag mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie übereinstimmen, einfach gezählt, anderenfalls als ungültig angesehen. Die Wahl selbst erfolgt geheim und zwar mit Hilfe eines Stimmzettelkastens, der verschlossen sein muß. Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand spätestens am dritten Tage nach der Wahl festgestellt. Die Berechnung des Wahlergebnisses geschieht auf Grund der Verhältniswahl. Die Namen der Gewählten sind durch geeigneten Ausschuss bekanntzugeben. Ungültig sind Wahlen, wenn bei dem Wahlverfahren wesentliche Verstöße vorgekommen sind oder wenn

Reichstagswahlen 1920.

Die Deutsche Nationalversammlung hat durch die Verfassung von Weimar die Grundlagen gelegt zum Wiederaufbau des durch den Krieg und die Revolution schwer erschütterten Staats- und Wirtschaftslebens. Die Diktatur aller möglichen revolutionären Räte wurde beseitigt und durch sie der Gesetzmäßigkeit neue Wege gewiesen. Dieser Erfolg der Nationalversammlung wird so ziemlich allgemein als gut und verdienstvoll gewürdigt und anerkannt. Die bisher im Staats- und Wirtschaftsleben bevorrechteten Stände empfinden es aber schmerzhaft, daß die Reichsverfassung gleiches Recht für alle geschaffen und durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht den minderbemittelten Ständen, den Arbeitnehmern in Staats- und Privatbetrieben, einen so großen Einfluß im staatlichen Leben gesichert hat. Die Bestimmungen über das Arbeiterrecht, über die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft sind heute

gegenstand scharfer Kritik jener Kreise. Diese Neuerungen sind die eigentliche Ursache ihrer feindseligen Stellungnahme gegen die Verfassung von Weimar und gegen das neue Regiment überhaupt.

Unter allerlei demantelnden Vorwänden wird dagegen Sturm gelaufen und versucht, die freiheitliche Verfassung wieder abzubauen. Nach den Wünschen der besetzten Kreise sollen die nächsten Reichstagswahlen eine Parlamentsmehrheit bringen, die diese Aufgabe erhält; gewisse Schornieder waren auch bereit, dieses Ziel durch einen Verfassungsbruch oder auf dem Wege eines neuen Umsturzes zu erreichen.

Der Ausgang der nächsten Reichstagswahlen wird also von der größten Bedeutung sein dafür, ob die den Arbeitern und Angestellten eingeräumte Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft aufrecht erhalten bleibt oder nicht. Mehr als je zuvor ist es deshalb auch die deutsche-nationale Aufgabe, sich für die Arbeitbewegung in der nächsten Zeit den Vorzügen der verfassungsmäßigen Verhältnisse zu unterwerfen.

den kommenden Reichstagswahlen ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Für den bevorstehenden Entscheidungskampf die Gestaltung des

Reichstagswahlgesetz

nicht ohne Bedeutung. Nach Artikel 22 der Verfassung von Weimar muß ein solches Gesetz erlassen werden. Die Grundzüge desselben sind bereits festgelegt. Die Verfassung verlangt ein allgemeines, gleiches, unmittelbares und geheimes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahren alten Männer und Frauen, nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Außerdem ist vorgeschrieben, daß der Wahltag auf einen Sonntag, oder einen öffentlichen Feiertag fällt und daß der Reichstag auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen ist. Alles übrige, das Wahlverfahren, die Wahlkreisbestimmung, ist durch das Reichstagswahlgesetz zu regeln. Der Entwurf desselben vom Reichsminister des Innern auszuarbeiten, vom Reichsrat zu genehmigen und am 1. März 1920 in Kraft zu treten, ist

geschönten Personen nicht wählbar waren, die Kosten, soweit sie höchlicher Natur sind, trägt die Wahlen der Betriebsunternehmer.

Wie lange noch? Unrechtig hat die Wohnungsnot in Deutschland zurzeit eine ... erreicht, daß unbedingt alle überhaupt nur politischen Mittel der Abhilfe angewandt werden müssen. Um so unverständlicher ist es, daß die Regierung von einem Mittel innere noch mehr oder nur einen ganz ungenügenden Gebrauch gemacht hat, das als eines der wichtigsten und selbstverständlichsten bezeichnet werden muß: nämlich von der Abschiebung der ausländischer Zuwanderer aus dem Osten, die hier unserer kostbaren Wohnraum wegmachen und auch sonst in keiner Weise als ein erwünschter Zuwachs zu betrachten sind. Ihre Zahl in einer Reihe von Fällen doch sehr groß und Wirkung auf die Wohnungsverhältnisse dementsprechend. Nach einer Eingabe des Wohnungsbauvereins Berlin Ende Januar sind im letzten Jahre schätzungsweise 70 000 Ausländer nach Ost-Berlin zugewandert. Ganz überwiegend sind dies dabei um Zuwanderung aus dem Osten und aus den Ländern, die durch die Kriegshandlungen in großer Zahl verlassene Wohnräume, die wie in dem gerade sehr erscheinenden Druckbericht über die Wohnungswirtschaft und Wohnungswesen, die der Deutsche Wohnungsbauverein (Berlin-Schöneberg, Neue Steinwegstr. 4) am 29. Januar in Berlin herausgegeben hat, zu sehen ist, auf dieser Wohnung der Direktor des Vereines Wohnungswesen, Dr. Kasper, u. a.: „Die meisten dieser Leute werden sehr rasch reich und ändern dann ab in andere Verhältnisse“. Auch für Elemente es hat im übrigen bei diesen großen Zuwanderern nach Berlin handelt, geht es Nachrichten von Dr. Kasper in dem gleichen Druckbericht hervor. Es handelt sich darum, es hier täglich 40 bis 60 nicht deutsche Familien wandern, die aus unzulänglichsten Schichten kommen, in keiner Hinsicht einen begründeten Zuwachs darstellen und meist ohne alle Besitztümer sind. Es stimmt auch nicht, daß

diese Leute, wie behauptet wird, aus Pogromfurcht zu uns flüchten, denn sie stammen nachweisbar aus Osgenden, wo nie ein Pogrom gewesen oder für die Zukunft zu erwarten ist. Ich habe vielmehr die Vermutung, daß die ganze unglückliche wirtschaftliche Lage, vor allem mit der Kalbfrage und anderen Sachen, das ausländische Schieberheer reizt, nach Berlin zu kommen. Die Situation unter diesen Leuten ist derartig, daß beispielsweise nach einem Polizeibericht die städtischen 733 einer Strafstat überführten Verbrecher einer Inspektion während des letzten halben Jahres holländische Arden waren.“

Wir möchten die Frage erheben, wie es ist, daß die Regierung es mit ansehen will, daß solche Elemente uns hier den Platz wegnehmen, während für Hunderte und Tausende verheerter Beamter und für zahllos deutsche Familienfamilien kein Unterkommen zu finden ist? Sollte die eigentliche Ausweitung tatsächlich undurchführbar sein, so ist nun so dringender die Abschiebung dieser lästigen Ausländer in Fremden-Konzentrationslagern zu fordern, für die die vorhandenen Barackenanlagen sehr gut Verwendung finden können. Jedenfalls darf der so schwer leidenden deutschen Bevölkerung der Wohnraum durch diese Fremdlinge unter solchen Umständen noch länger beschränkt werden, und es ist endlich ernst zu machen mit der Abschiebung. Es wäre gut, wenn sich die Mieterbewegung dieser ganzen Sache baldigst einmal grundsätzlich annähme.

Aus der Kriegsbekämpften-Organisation. Unter den mannigfachen Organisationen, die sich der Unterstützung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen widmen, erhebt sich der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener einerseits und der Zentralverband der Kriegsbeschädigten andererseits. Jeder Parteipolitiker sollte bei der Leitung der Verwaltung der wirtschaftlichen Interessen dieser Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen und ihrer Angehörigen und Kriegshinterbliebenen überhaupt auf dem Gebiete der Verwaltung der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen eine gewisse Verantwortung übernehmen. In allen Teilen des deutschen Landes scharen sich täglich neue Mitglieder unter dem Banner und streben für den Zweck seiner Kampfrufe.

Das von ihm herausgegebene „Renteblatt für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene“, das auf dem Postwege beschickt werden kann, wird mehr und mehr der wichtigste Dienst an der Hand der Fragen, die in der großen Bewegung aufstehen und ihre Lösung suchen. Seine soziale Verantwortung, die klare Stellungnahme zu allen aktuellen Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sein unermüdlicher Kampf für die Verbesserung ihrer Lage und die heutige Fühlunaufnahme und der drückende Verdruss über dem Verdrusse haben schon längst die besondere

Aufmerksamkeit der Versorgungsbehörden, aber auch der weiteren Öffentlichkeit auf die Schriftsteller gelenkt.

Seit dem 1. Januar 1920 gibt der Zentralverband außerdem für die Kriegshinterbliebenen als bisher einzige Organisation ein besonderes Organ, die Kriegshinterbliebenen-Zeitung heraus, deren Erscheinen als dringendes Bedürfnis freudig begrüßt wurde.

Die Reichs- und Landesverbände des Zentralverbandes deutscher Kriegsbekämpfter und Kriegshinterbliebener, Berlin, N.W. 6, Zulfenstraße 31b, erteilt gegen Aufkauf von 1920 und Ziel des Zentralverbandes und stellt jederzeit zur Gründung einer Ortsgruppe sowie in Aufklärungs- und Beratungswesen das nötige Material zur Verfügung.

Arbeiterbewegung.

Eine neue Werkmittel-Organisation. Am 14. Dezember 1919 erfolgte die Gründung eines neuen Deutschen Werkmittelverbands mit dem Sitz in Gießen. Zahlreiche Vertreter der Werkmittel aus allen Gauen des Reiches waren vertreten. Der Verband verwirft den vom Deutschen Werkmittelverband, Ein Lösselbeck, proklamierten sozialistischen Mainkämpfstandpunkt und will unter Auswertung allgemeiner sozialer, christlicher und nationaler Ideale die Werkmittel, Meister und Arbeiter in Industrie und Bergbau zu einer gewerkschaftlichen Standesarbeit erheben. Die wirtschaftliche des Deutschen Werkmittelverbands befindet sich vorläufig in Gießen, Lindecker Weg 211. Der neue Verband hat sich auch dem Gesamtverband der Angestellten-Gewerkschaften angeschlossen und ist somit Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Christliche Gewerkschaftspreß. Der *Tabakarbeiter*, das Organ des Zentralverbandes Christlicher Tabakarbeiter, hat die Auflage des 20.000 überschritten. Sie veranschaulicht die erteilte Mitgliederentwicklung dieser christlich-nationalen Berufsorganisation.

Beitragsregeln im christlichen Polarisationsverband. Der außerordentliche Verbandstag des christlichen Polarisationsverbandes hat sich mit einer völligen Umgestaltung des Beitrags- und Unterhaltungsweises zu beschäftigen haben. Die Vorschläge des Hauptverbandes haben gemäß einer Veränderung der Zahl der Beitragsbeiträge von 1 auf 3 vor. Die entsprechenden Mitgliedsbeiträge setzen sich auf 75 Pfg. 1. A., 1.50 A. 2. A., 2.50 A. 3. A., 3.50 A. und 4. A. (Häuser 50 Pfg., 75 Pfg. 1. A., steigend um je 10 Pfg. bis 1.20 A.). Der erhöhten Beitragsleistung entsprechend sollen die Unterhaltungsleistungen steigen. Vorgelesen ist es nach Höhe des Beitrags und der Dauer der Mitgliedschaft: Reichunterstützung von 1-4 A. von 1 Tag; Arbeitslosenunterstützung 4.50-10 A. von 1 Woche; Krankenfeld von 2.40-14 A. die Woche; Krankengeld von 10-108 A. die Woche (dazu für jedes Kind unter 14 Jahren 3 A. pro Woche); Unfallunterstützung 15-110 A.; Sterbegeld 20-140 A. Bereits ab 15. Februar d. J.

in nächsten Wochen wird er an die Nationalversammlung zur Beratung und Beschlußfassung gelangen. Nach dem Entwurf soll auf 60000 Wähler ein Abgeordneter treffen. Um auch kleinen Gruppen die Möglichkeit zu geben, sich den Wahlen selbstständig anzuschließen, ist vorgesehen, daß schon 50 Wähler beim Wahlkreis des Wahlkreises Wahlvorschlüsse einbringen können und daß die Stimmen der betreffenden Gruppe oder Partei über drei Wahlkreise oder über das ganze Reich hinweg zusammengezählt werden können.

Um eine engeren Fühlunaufnahme der Abgeordneten mit den Wählern zu ermöglichen, nimmt der Entwurf Abtend von Abgewählten Wahlkreisen und bestimmt, daß diese so zu bemerken sind, daß in der Regel vier Abgeordnete auf einen Wahlkreis entfallen, mindestens drei Wahlkreise können zur Entsendung eines Abgeordneten vorgesehen werden. Falls kommt die Zulassung einer für den Wahlkreis vorgeschriebenen

die es ermöglicht, die in den einzelnen Wahlkreisen erwerbenden Mehrstimmen oder die unter 60000 bleibenden Stimmen zusammenzunehmen und der in Frage kommenden Partei zuzurechnen. Die Wahlvorschlüsse der 50 Wähler oder der Parteileitung müssen die Erklärung enthalten, welchem Reichswahlvorschlusse ihre Mehrstimmen zuzuführen sind, sonst bleiben sie beim Zulassungsverfahren unberücksichtigt.

Es wird also in Zukunft dreierlei Abgeordnete geben, solche aus den Wahlkreisen, den Reichswahlkreisen und solche, die auf der Reichsliste von den Parteien vorgeschlagen und daraufhin gewählt worden sind. Das im Entwurf vorgeschlagene Verfahren sichert jeder Partei die größtmögliche Anwendung ihrer Stimmen zur Gewinnung von Mandaten, gibt aber auch der Parteileitung einen starken Einfluß auf die Mandatverteilung. Die kleinen Gruppen haben zwar des Necht auf Einreichung von Wahlvorschlüssen, eine erfolgreiche Wahlarbeit wird aber doch nur den größeren. Über das ganze Reich sich erstreckenden

und kraft organisierten Parteien oder Organisationen möglich sein. Es ist an sich auch wünschenswert, daß die Wahlsprekterung möglichst vermieden wird und nicht jede Querschnittsgruppe mit Aussicht auf Erfolg die wohlbedachte Arbeit der Organisationsführer zu durchkreuzen vermag. Das parlamentarische System ist sehr aufwendig und autark gesteuerte Parteien voraus, da nur aus deren Mitte eine tragfähige Regierung zu bilden ist.

Unter einer Unmenge von Wahlkreisevorschlüssen hat die Reichsregierung das hier kurz geschilderte bairische, sogenannte autonome System als das beste angesehen und nach diesem den Reichstagswahlgesetzentwurf gebildet. Die Parteien und die Nationalversammlung haben nunmehr die Entscheidung über den Entwurf.

Vorstehender Artikel war bereits in Druck gegeben, als die Nachricht von der neuen Revolution eintraf. Dennoch bietet er soviel Aktuelles, daß wir ihn herein lassen können.

...derer die Rechte. Dessen sei doch der Kampf ent-
scheidend um die Macht in der Gewerkschaft von
den drei politischen Richtungen. Das darunter
die Gewerkschaften leidet. In klar. Wenn
er von den Vertrauensleuten gelöst werde, sie
den gegen jeden Fehler, so hier he es gerade,
die die Unterstützung in die Kolonnen einbrach-
te (Sicht richtig). Zum Schluss seiner licht-
lichen Ausführungen forderte er alle Christlich-
nennenden Kollegen auf, sich durch Schamane
an Erhebungen nicht scheitern zu lassen, man
die Kraft genügend politische Mittel, des ein-
zigen Streik zu lösen.

Tübingen, (Strohendohrer). Der Transport-
arbeiter-Verband hatte in seiner Strohendohrer-
Kommitee-Sitzung am 3. d. Mts beschlossen,
als Mitglied des paritätischen Ausschusses, Kol-
lektive, (Bestandteil des Stroh- u. Strohhalm-
verbandes) aus dem genannten Ausschuss zu ent-
lassen. Dasselbe ist in der Sitzung des Ver-
bandes am 6. d. Mts zur vollständigen Auf-
hebung des paritätischen Ausschusses gekommen.
Zwischen Kollegen will man es nicht abreden,
denn Vertreter zum paritätischen Ausschuss nicht
zu bestimmen. Jedes Mitglied im paritätischen
Ausschuss muß von unserem Vertrauen getragen
sein, wenn die Arbeit kollektiv überlassen zu einer
einen Eintritte Vertrauen haben sollen. Des-
halb gilt natürlich nur die Mitgliedschaft des Trans-
portarbeiter-Verbandes. Doch allgemein zu be-
achten Grundlage hat man von der sozialdemo-
kratischen Haltung in der Sitzung am 4. März ge-
genüber den Stroh- u. Strohhalm-Verband.
Die Mitglieder der Transportarbeiter-Verbandes
sollten Vertrauen über bestimmung darauf zu-
wirken, was von den Stroh- u. Strohhalm-Verband
hinsichtlich Ausschuss hinein sollte. Künftig
in der Transportarbeiter-Verband bei der Stroh-
bahn aber nicht mehr. Zur Einigung wurde
in „Königshaus“ angenommen, der bejagte
jede Gruppe benimmt ihren Vertreter zum par-
itätischen Ausschuss selbst. Jedes Mitglied des
Verbandes hat die Pflicht, wenn die benann-
ten Kollegen einsehen zu verstehen. Es ist
auch ein neues Verfahren gemacht werden. Im
Verband nicht nur, sondern auch im Rahmen des
paritätischen Ausschusses zu arbeiten. Von der
Seite wurde der Kollektive Partei gewährt
wegen der Kollegen Müllers und Wegmann vom
Transportarbeiter-Verband wurde von unser
Verband einsehen. Einigen von Kollegen
Verband nicht nur vom Transportarbeiter-
Verband wurde kein Einbruch erhoben. Bei der
Entscheidung wurde ein Antrag bezüglich von den
Mitgliedern des Transportarbeiter-Verbandes und
der Union abgelehnt. Man will nicht man
zu einem Transportarbeiter-Verband, von
den wählen. Der Chairman wurde erklärte
der paritätische Ausschuss ist aufgelöst. Es
wurde der paritätischen Ausschusses selbst
doch der Chairman nach solche Unkenntnis
der Seite erklärt. Durch die neuen Kom-
missionen ist die gesamte Tätigkeit des paritätischen
Ausschusses für die gesamte Verbands-
Verbande gewannen. Die Verantwortung müssen die
Kollegen des Transportarbeiter-Verbandes
tragen. Durch Aushaus hat man den Stroh- u.
Strohhalm-Verband die Auflösung des paritätischen
Ausschusses bestimmt gemacht. Wenn der Chairman
ist ausschließlich Vertreter des Personals darin
zeichnet, so trifft dies nicht zu. Die Funktion
des paritätischen Ausschusses kann der
Chairman nicht übernehmen und nicht mit
den Mitgliedern des Transportarbeiter-
Verbandes Kollektive zum Einsehen vor
ihnen sollen eintragen. Auch ist es nicht
möglich seine Arbeit leisten. Entscheidungen, die
hinter Ausschuss fällt, sind nicht nicht anders
früher Kollegen vom Transportarbeiter-Verband
und Strohendohrer wenden sich in
ihren Anwesenheiten nur an die Vertreter un-
serer Verbandes im Personal- u. im Personal-
und Personalangelegenheiten. Die Mitglieder
des Ausschusses ist der Person Gewissen durch
die bevorstehende Wahl des Reichstages nun
schon bestimmt. Derartige Ausschüsse aber
dem gesamten Personal in die gleiche Weise,
die Liste sie demnach ihre Stellung zu haben.

Frankfurt, Am Sonntag, den 20. Februar
sind unter dem Vorsitz des Reichstages
die Mitglieder des Reichstages
am Sonntag, den 20. Februar, die
des Jahres 1918, nach keine 100

...stie, hat im Laufe des Jahres eine kleine Ent-
wickelung genommen, die noch nicht so
klar wie mit dem Ergebnis voll zufrieden sein
können. Alle Erfindungsversuche unserer Geg-
ner haben ihr Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil,
unser Mitglieder sind durch den Kampf in ihrer
Kraft gestärkt, daß nur unser Verband den Mit-
gliedern freie Vertretung ihrer sonstigen Inter-
essen gewährleistet, während bei dem Gemein-
schafts- u. Gewerkschafts-Verband eine Vertretung
in jeder Richtung besteht. In dieser Hinsicht
sind alle unsere Kollegen durch die im Laufe des
Jahres stattgefundenen Betriebs-Versammlungen
betraff worden. In den meisten Versammlungen
wurden die Kollegen aufgefordert, nur sozialdem.
Kommunisten zu wählen und sozialdem. Wähler
zu sein, so steht also die Neutralität der sozial-
dem. Gewerkschaften aus. Der Ausschuss vom 1.
Januar 1919 gab ebenfalls folgende Eingabe,
der ebenfalls gegen das 2. Quartal einen kleinen
Schritt aufweist. Die Betriebskommission er-
gab als 1. Vorsitzender Kollege Diederichsen,
2. Vorsitzender Kollege Koch, 1. Kassierer Kol-
lege Müller, 2. Kassierer Kollege Müller.
Alle Gewählten nahmen das Amt an und ver-
sicherten, ihre ganze Kraft in den Kampf der
Arbeitgeber und unglücklichen Beschäftigten zu stellen.
Besonders geht unsere Bewegung in dem neuen
Jahre weiter vorwärts. Die Kollegen sind dar-
für vorhanden. Im Schlusswort forderte Kol-
lege Müller alle Kollegen zu verstärkter Mitarbeit auf,
damit die gegen ihre Überzeugung im Kampf
gegen die Kapitalisten zu uns herüber kommen.

Wuppertal, Am 16. Februar hielt die hiesige
Erstgruppe ihre Generalversammlung ab. Nach
Bestätigung der Jahresrechnung schiederte Kollege
Müller die Einleitung der Tagesordnung, die
unter anderem die Wahl der Mitglieder für den 1. Jah-
resrat von 1. März bis auf 30. März wählten
ist und letzte drei Kollegen aus dem 2. und 3. Jah-
resrat mitgliedern mitzuwählen zu dem Zweck
der Tagesordnung. Bei der Wahl des Vorstandes
wurde an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Kol-
lege Müller, der ab 15. Februar 1919 auf 4
Jahre bis 15. Februar 1923 gewählt, be-
stimmte die drei alte Vorstandsmitglieder, die
der Tagesordnung gemäß Vorsitzender, Kol-
lege Müller, die drei alten Mitglieder des Vorstandes
die Komposition der Tagesordnung. Es
wurde einstimmig beschlossen, den Antrag auf
1. März abzulehnen.

Wuppertal, Das unsere Kollegen seit dem An-
fang des Jahres in unserm Verband, ihre Tätigkeit
nicht nur allein durch die verschiedenen Versammlungen
zu führen, sondern auch ihre Tätigkeit, die An-
gaben der Überwachungskommission beim letzten Jahres-
abschluss zu erfüllen. In Wuppertal sind die Kollegen
wurden zu Gunsten der Partei trotzdem noch
weiterkommen die kleine Gruppe von
zusammengedrückt. Wir haben es für unsere
Pflicht, von dieser Stelle aus zusammen zu
arbeiten. Streben unsern bestmöglichen Dank ab-
zugeben. Was diese kleine Gruppe allorts
Nachschauen haben.

Köln, Am 20. Februar hielt die hiesige
Erstgruppe eine gut besuchte Mitgliederversam-
lung ab. Der Vorsitzende, Kollege Müller, be-
traufte die Kollegen und dankte ihnen für ihre
Erfahrung. Dann wurde ein Rundschreiben vom
Zentralvorstand bekannt gegeben, welches Erhöhung
der Beiträge, nachdem sich verschiedene Kollegen
für und gegen eine Beitragserhöhung ausgespro-
chen hatten, regelt und 3. Monatsbeitrag,
Kollege Müller, des Wert und Wert den Kol-
legen die Komposition der Tagesordnung vor
Augen. Darauf wurde eine Erhöhung des Bei-
trags einstimmig angenommen und zwar einen
Beitrag von 10 Pf. und zur Darstellung der
Kategorie einen Beitrag von 10 Pf. Nach Er-
ledigung der Tagesordnung sprach Kollege Müller
über unsere Zukunft und die daraus
entstehenden Aufgaben eines jeden einzelnen
Kollegen und forderte zum Schluss alle Kollegen
auf, mitzuwirken in dem Ausbau und Stärkung
unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Wuppertal, Am 19. Februar fand eine über-
aus gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der
Vorsitzende, Kollege Müller, dankte den
Mitgliedern über das Gelingen der Verhand-
lung und dem Fortschritt der Arbeit. Er be-
traufte die Kollegen und dankte ihnen für ihre
Tätigkeit und die daraus resultierenden Erfolge.
Er forderte die Kollegen auf, ihre Tätigkeit zu
verstärken und die Arbeit zu beschleunigen.
Er schloß die Versammlung mit dem Wunsch,
den Kollegen ein glückliches Gelingen aller
Unternehmungen zu wünschen.

...stie, hat im Laufe des Jahres eine kleine Ent-
wickelung genommen, die noch nicht so
klar wie mit dem Ergebnis voll zufrieden sein
können. Alle Erfindungsversuche unserer Geg-
ner haben ihr Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil,
unser Mitglieder sind durch den Kampf in ihrer
Kraft gestärkt, daß nur unser Verband den Mit-
gliedern freie Vertretung ihrer sonstigen Inter-
essen gewährleistet, während bei dem Gemein-
schafts- u. Gewerkschafts-Verband eine Vertretung
in jeder Richtung besteht. In dieser Hinsicht
sind alle unsere Kollegen durch die im Laufe des
Jahres stattgefundenen Betriebs-Versammlungen
betraff worden. In den meisten Versammlungen
wurden die Kollegen aufgefordert, nur sozialdem.
Kommunisten zu wählen und sozialdem. Wähler
zu sein, so steht also die Neutralität der sozial-
dem. Gewerkschaften aus. Der Ausschuss vom 1.
Januar 1919 gab ebenfalls folgende Eingabe,
der ebenfalls gegen das 2. Quartal einen kleinen
Schritt aufweist. Die Betriebskommission er-
gab als 1. Vorsitzender Kollege Diederichsen,
2. Vorsitzender Kollege Koch, 1. Kassierer Kol-
lege Müller, 2. Kassierer Kollege Müller.
Alle Gewählten nahmen das Amt an und ver-
sicherten, ihre ganze Kraft in den Kampf der
Arbeitgeber und unglücklichen Beschäftigten zu stellen.
Besonders geht unsere Bewegung in dem neuen
Jahre weiter vorwärts. Die Kollegen sind dar-
für vorhanden. Im Schlusswort forderte Kol-
lege Müller alle Kollegen zu verstärkter Mitarbeit auf,
damit die gegen ihre Überzeugung im Kampf
gegen die Kapitalisten zu uns herüber kommen.

Wuppertal, Die hiesige Erste Gruppe des roten Ver-
bandes hat am Sonntag, den 20. Februar, eine
gut besuchte Mitgliederversammlung abgehalten.
Der Vorsitzende, Kollege Müller, dankte den
Mitgliedern über das Gelingen der Verhand-
lung und dem Fortschritt der Arbeit. Er be-
traufte die Kollegen und dankte ihnen für ihre
Tätigkeit und die daraus resultierenden Erfolge.
Er forderte die Kollegen auf, ihre Tätigkeit zu
verstärken und die Arbeit zu beschleunigen.
Er schloß die Versammlung mit dem Wunsch,
den Kollegen ein glückliches Gelingen aller
Unternehmungen zu wünschen.

Wuppertal, Am 19. Februar fand eine über-
aus gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der
Vorsitzende, Kollege Müller, dankte den
Mitgliedern über das Gelingen der Verhand-
lung und dem Fortschritt der Arbeit. Er be-
traufte die Kollegen und dankte ihnen für ihre
Tätigkeit und die daraus resultierenden Erfolge.
Er forderte die Kollegen auf, ihre Tätigkeit zu
verstärken und die Arbeit zu beschleunigen.
Er schloß die Versammlung mit dem Wunsch,
den Kollegen ein glückliches Gelingen aller
Unternehmungen zu wünschen.

